

So viel Hilfe braucht ein «F»

NIEDERWENINGEN. Das Asylgesuch ist abgelehnt, die Person kann aber nicht ausgewiesen werden; sie ist «vorläufig aufgenommen». Das Politpodium vom Mittwoch hat sich mit der Frage beschäftigt, wie der Kanton mit solchen «F-Status»-Ausländern künftig umgehen soll.

FLORIAN SCHAER

Das Zürcher Sozialhilfegesetz ist ein komplizierter Revisions-Patient; in seinen Paragrafen findet sich eine Knacknuss, an der sich die politischen Lager nicht finden können: Dass die sogenannte «vorläufig Aufgenommenen»



Thomas Hardegger,
SP-Kantonsrat
aus Rümlang.

(Status F) nämlich künftig Anspruch auf Sozialhilfe nach den SKOS-Richtlinien haben sollen. Dagegen hatte die SVP das Referendum ergriffen.

An die Sozialhilfefrage knüpfen nun SP und SVP die Grundsatzfrage an: Wie soll der Kanton mit Menschen verfahren, deren Asylgesuch abgelehnt ist, die aber laut Entscheid des Bundes nicht in ihr Heimatland ausgeflogen werden können? Viel zusätzlich bezahlen wollen beide nicht. Darum in den Arbeitsmarkt integrieren, sagt die SP – darum zum freiwilligen Ausreisen bewegen, sagt die SVP.

Missbrauch versus Integration

Am Mittwochabend haben zwei Kantonsräte und zwei Kantonsratskandidaten in Niederweningen die Klängen gekreuzt. «Hier geht es doch um diejenigen, die ihre Identität verschleiern, in-

dem sie Ausweise verschwinden lassen», sagt SVP-Kantonsratskandidat Christian Lucek, «um die, deren Asylgesuch in einem ohnehin schon viel zu langen Prozess abgelehnt wurde und die ausgewiesen werden müssten.» Dass solche Ausländer künftig noch mehr soziale Hilfe erhalten sollen, passt der SVP nicht. «Das sind falsche Signale», sagt Lucek. «Wer den Status F auf diese Weise erträgt, der missbraucht das Sozialwesen – und dem soll man nicht noch mehr helfen.»



Die SP wählt für die Diskussion den anderen Ansatz. «Es muss darum gehen, vorläufig Aufgenommene gut zu begleiten, damit der Schritt in die Integration gelingt», sagt SP-Kantonsratskandidatin Karin Rogala. Sie selber mache auf dem Sozialamt die Erfahrung, dass die Betroffenen sehr daran interessiert seien, selber zu arbeiten und für sich finanziell aufzukommen. «Nur muss man ihnen auch den Anschluss an die Gesellschaft ermöglichen.»

Gesellschaftsidee versus Zahlen

Auch Kantonsrat Thomas Hardegger (SP) pocht auf Integration statt Ausweisung. «In Rümlang betreuen wir derzeit 18 Personen, die Hälfte von ihnen arbeitet und wird integriert. Das muss unser Ziel bleiben.» Dass es den einen oder anderen «unschönen Vorfall» in der Sozialhilfe gebe, wolle er nicht bestreiten. «Aber wir müssen uns die Frage stellen, ob wir als Gesell-



Barbara Steinemann,
SVP-Kantonsrätin
aus Watt.

schaft denn nicht in der Lage sind, Menschen mit traumatischen Erlebnissen, vielleicht aus Kriegsgebieten, auch sozial zu tragen.»



Christian Lucek,
SVP-Kantonsratskandidat
aus Dänikon.

SVP-Kantonsrätin Barbara Steinemann argumentierte derweil lieber mit Zahlen. «Bei uns in Regensdorf erhält ein alleinstehender Mann mit Status F derzeit 396 Franken im Monat, den Rest in Sachwerten. Käme die Revision des Gesetzes durch, erhielte derselbe Mann plötzlich 960 Franken – und wenn er sich der Arbeit verweigert noch 816 Franken. Welche Person hat denn da noch einen Anreiz zu arbeiten?» Mit der Revision würden Leute mit F-Status nicht nur bezüglich Sozialhilfe den Schweizern gleichgestellt, sondern erhielten noch Wohnung und



Karin Rogala,
SP-Kantonsratskandidatin
aus Niederhasli.

Arztkosten finanziert. «Darum haben wir das Referendum ergriffen.»

Die Diskussion blieb über weite Strecken mässig emotional, was letztlich der sachlichen Auseinandersetzung zugute kam. Dies nicht zuletzt aufgrund einer inhaltsbezogenen Podiumsleitung von FDP-Kantonsrätin Gabriela Winkler, die bereits zu Beginn erklärte, sie sei in ihrer Funktion als Kommunikationsberaterin hier. Daran hat sie sich denn auch sehr brav gehalten.